

JAHRBUCH 1995

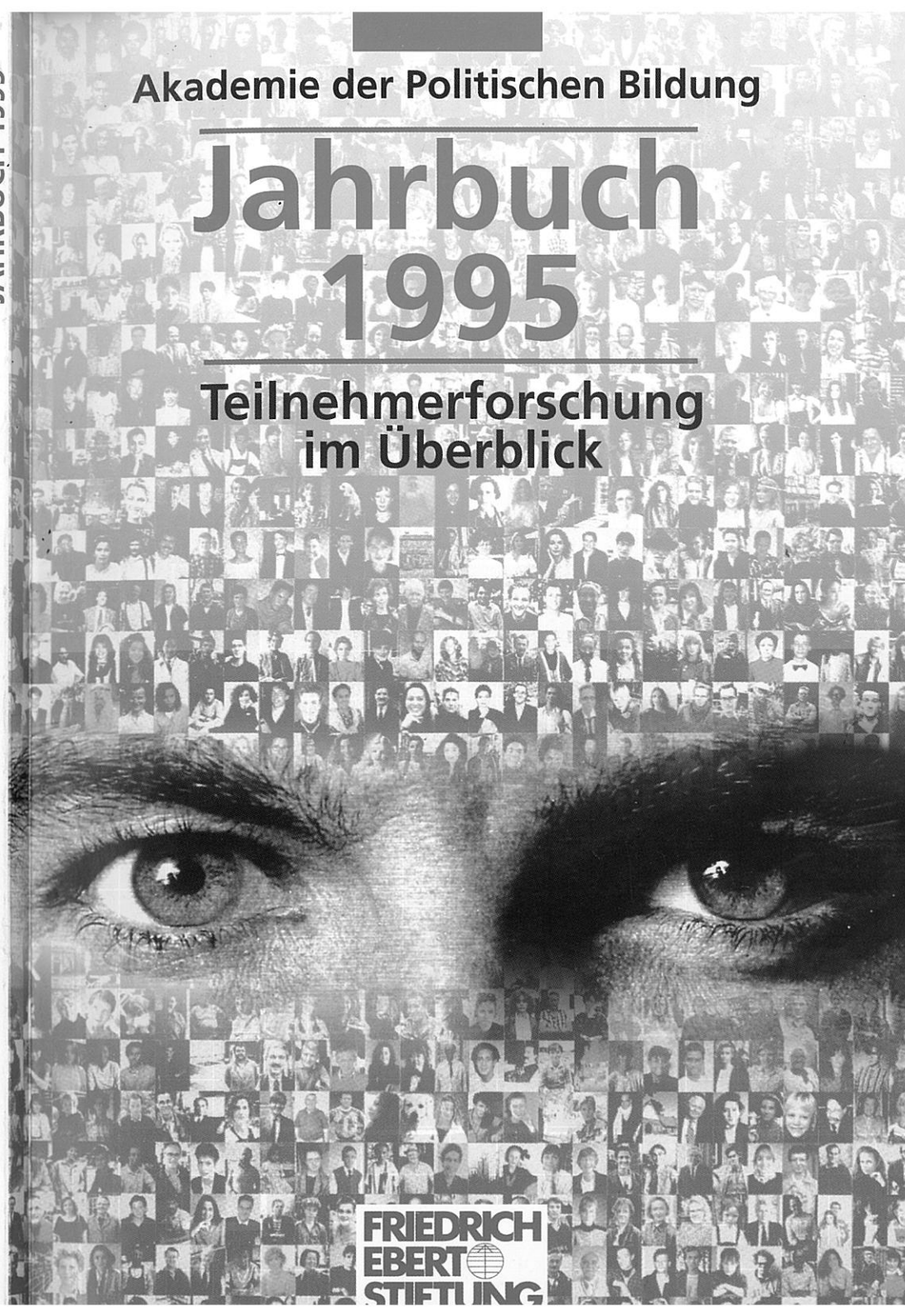
Akademie der Politischen Bildung

Jahrbuch 1995

Teilnehmerforschung
im Überblick

ISSN 0944-9558

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



AKADEMIE
DER POLITISCHEN BILDUNG

JAHRBUCH
1995

TEILNEHMERFORSCHUNG
IM ÜBERBLICK

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Herausgeber: Prof. Dr. Thomas Meyer
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Akademie der Politischen Bildung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

ViSdP: Prof. Dr. Thomas Meyer

Redaktion: Dr. Johannes Kandel
Gustav-Heinemann-Akademie
Krottdorfer Straße 27
57258 Freudenberg

Copyright: 1995 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Umschlag: Karl Debus, Bonn

Druck: satz+druck gmbh, Düsseldorf

Printed in Germany 1995

SSN 0944-9558

LICINIO C. LIMA

POLITISCHE BILDUNG UND DIE POLITIK DER ERWACHSENENBILDUNG

Statistisches Material über Teilnehmer und Arten der Teilnahme an Erwachsenenbildung in Portugal gibt es nicht, insbesondere wenn wir die enorme Vielfalt sowohl an formellen wie auch informellen Aktivitäten und Lerngelegenheiten in Betracht ziehen, die sich aus den Initiativen verschiedener Anbieter innerhalb einer umfassenden Definition von Erwachsenenbildung ergeben.

Natürlich gibt es, neben historischen, kulturellen und politischen Gründen, für die geringe Teilnahme von Erwachsenen, seien es Einzelne oder/und die soziale Gruppe, auch „Motivationsprobleme“, die von einer traditionellen Nichtbeteiligung oder passiven Beteiligung noch unterstrichen werden (Lima, 1992a) – und nicht nur politisch oder sozial, sondern auch in der Bildungsarena, und dort vor allem in den Bereichen Erwachsenenbildung, Staatsbürgerkunde, Erziehung zu Demokratie und Mitbestimmung, die in den letzten zwanzig Jahren wieder hervorgetreten sind (Melo, 1983; Lima, 1992b). Dennoch ist eines der wichtigsten Probleme, die wir heute sehen, die „Motivation“ oder besser gesagt der politische und soziale Druck auf die Regierung und die öffentliche Verwaltung, damit sie durch politische Maßnahmen und die Bereitstellung öffentlicher Gelder an Erwachsenenbildung „teilnehmen“.

Deshalb spreche ich hier eher über „die Politik der Erwachsenenbildung“ als über „Politische Bildung“, auch wenn ich weiß, daß sie sehr eng zusammenhängen.

Mein Vortrag über Portugal wird aus drei Teilen bestehen:

- (1) werde ich einen allgemeinen Überblick einschließlich meiner persönlichen kritischen Einschätzung dazu geben, was die Erwachsenenbildung in der heutigen Zeit von der Politik und von Bildungsmaßnahmen zu erwarten hat;
- (2) werde ich auf einige spezifisch portugiesische soziale und erzieherische Gegebenheiten eingehen;
- (3) werde ich schließlich die Bedeutung hervorheben, die volkstümliche portugiesische Vereine als Vermittler sozio-kultureller und bürgerlicher Bildung haben, sowie den Beitrag zur kommunalen Entwicklung betonen, den sie durch ihre Mitbestimmungsmethoden und kollegiale Formen der Entscheidungsfindung leisten.

Erwachsenenbildung unter organisatorischen Ideologien und der Management-Diskurs

Der Management-Diskurs nimmt den Platz ein, der früher von Bildungstheorien und Pädagogik belegt war, und konstruiert neo-liberale Rechtfertigungen einer neuen „rationalen“ Ordnung, die auf der Marktideologie, dem privaten Sektor, dem wirtschaftlichen Wettbewerb und dem konsumentenorientierten Management basiert.

Konservative und äußerst normative Organisationstheorien werden herangezogen, um eine Identifikation zwischen Bildung und Geschäft, Organisationen und Firmen, Innovation und Privatmanagement, Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten bzw. -markt, Lernenden und Konsumenten, Wirtschaftlichkeit und totaler Qualitätskontrolle etc. zu unterstützen.

Die soziale und ökonomische Krise des Wohlfahrtsstaates, die auch politisch konstruiert wurde, wird als Rechtfertigung für die Kürzungen im öffentlichen Haushalt, für Deregulierung und Liberalisierung herangezogen. Sie überläßt die Erwachsenen- und Weiterbildung der Verantwortung einer „zivilen Gesellschaft“, die als Markt neu konzipiert wird. Privatinitiativen werden dann hingestellt nicht nur als Kompensation für den Rückzug des Staates und der öffentlichen Verwaltung aus der Verantwortung für Erwachsenenbildung, sondern auch als notwendiges Übel, will man „rationale“, „effektive“ und „leistungsfähige“ Lösungen.

Die Erfolgsrezepten und technokratischen Tagesordnungen unterworfenen Literatur und

der Diskurs über das Management beherrschen nunmehr die Öffentlichkeit, die Demokratie, die Bürgerschaft, den politischen Willen, – und Erwachsenenbildung ist nur ein kleiner Teil eines Bildungssystems, das berüchtigt ist für seinen „bürokratischen“ und „irrationalen“ Charakter. Diesen können nur Management-Ideologien und geschäftliches, profitorientiertes Verhalten durch den Triumph des sogenannten „neuen öffentlichen Managements“ ändern (siehe Ranson & Stewart für eine kritische Analyse).

Erwachsene, die lernen, werden als Kunden und Konsumenten konzipiert, denen frei, rational und optimal individuelle, subjektive Möglichkeiten der Auswahl zustehen, die man deshalb nach einem Anpassungsprozeß als Richtlinien für Organisationsformen, Aktionen und Strategien respektieren muß.

Auf demokratischer Bürgerschaft, kollektivem Lernen, Auswahl und Aktion, Interessenskonflikten und Diskussion, Mitbestimmung und Emanzipation basierende Politik und öffentliche Maßnahmen werden assoziiert mit modernen, traditionellen und irrationalen Formen der Bildung. In Übereinstimmung damit werden abwechselnd Zentralisierungs- bzw. Dezentralisierungsbewegungen sowie Regulierungs- bzw. Deregulierungsbewegungen zur Konzentration und Kontrolle der zentralen Machtentscheidungen und politischen Alternativen benutzt. Gleichzeitig dezentralisieren sie funktionale, operative und instrumentale Entscheidungen an den Rändern. Autonomie wird angesehen als Instrument, als Management-Technik zur verbesserten Kommunikation zwischen dem Zentrum und der Peripherie, die daraufhin ein höheres Bildungs-

niveau und mehr Bildungsqualität garantiert (Lima & Afonso, 1995).

Die Bewegung „zurück zur Basis“ in der Erziehung wird auch von Organisationsideologien unterstützt, wo Neo-Taylorismen als hyperrationalisierte Programme erscheinen, die eine auf übereinstimmenden Zielen und hegemonischen Begriffen von Leistung, Wirksamkeit und Qualität basierende neue Ordnung schaffen werden (Lima, 1994).

In einigen nördlich bzw. zentral gelegenen Ländern entwickelt, haben sich diese Tendenzen über verschiedene geographische, kulturelle und wirtschaftliche Grenzen hinweg verbreitet.

In Anbetracht der fortschreitenden Globalisierung der Marktwirtschaft und der politischen Über-Bestimmung mit Auswirkungen auf die Peripherie der EU kann man nicht soziologisch und ohne Untersuchung schließen, daß gerade diese Bewegung in den verschiedenen Ländern vollkommen und perfekt reproduziert wird.

Die konservative Modernisierung und der Rückzug des Staates

In Portugal stellen wir ähnliche politische und ideologische Ausrichtungen fest, auch wenn sie noch nicht so klar und effektiv sind wie in anderen europäischen Ländern und in Nordamerika. Auch hier hat in den letzten zehn Jahren eine Art *konservative Modernisierung* stattgefunden, womit ich meine, daß der Demokratisierungsprozeß in Staat und Verwaltung sowie die Umverteilung der Macht auf die Gesellschaft und ihre sozialen Bewegungen voller Widersprüche und viel

langsamer als nötig ablaufen, zumal, wenn wir das Erbe von fast fünfzig Jahren autoritärer Herrschaft (1926 – 1974) bedenken.

Nach der Revolution von 1974 ging man davon aus, daß die Entwicklung von sozialer Politik und Wohlstand unter dem demokratischen Regime stattfinden könne. Diesen „Zahn“ hat man sich inzwischen gezogen. Ergo muß man wohl die Krise von etwas akzeptieren, das man vorher nie genossen hat.

Ökonomischer Rationalismus und die Marktwirtschaftsideologie greifen in die Öffentlichkeit ein, und die Gesellschaft wird hingestellt als verantwortlich für die Kompensierung des staatlichen Rückzugs von den gesellschaftlichen und erzieherischen Schauplätzen. Dennoch kontrolliert die politische und administrative Ebene weiterhin die Entscheidungsfindung, allerdings ohne das Eingreifen von sozialen Bewegungen und anderen kommunalen Gesellschaftsbereichen durch politische Maßnahmen und finanzielle Hilfen zu unterstützen.

Können wir denn aber eine starke Gesellschaft und sehr aktive soziale Bewegungen (und letztendlich kontra-hegemonische Initiativen) erwarten, wenn die Erfindung der politischen Demokratie erst zwanzig Jahre zurückliegt? Wenn sogar die Marktkräfte und -interessen, trotz gegenteiliger Rhetorik, weiterhin extrem von der Regierung abhängig sind? Wenn Erwachsenenbildung politisch reduziert wird auf ein Schulungskonzept, das auf Abendklassen in Regelschulen für (sehr) junge Erwachsene basiert, die die Pflichtschuljahre nicht bewältigt haben? (Matos & Lima, 1992). Wenn die berufliche Ausbildung des Arbeitsministeriums

von pragmatischen Überlegungen zu Humanressourcen bestimmt wird, die „Wettbewerbsvorteile“ bringen sollen?

Mittlerweile scheint die Erwachsenenbildung im allgemeinen und die Staatsbürgerkunde/Erziehung zur Demokratie aus dem Blickfeld der öffentlichen Maßnahmen und Regierungsinteressen geraten zu sein. Man könnte sagen, daß Erwachsenenbildung als politisches Konzept beinahe gänzlich verschwunden ist und sich nicht mehr auf der politischen Tagesordnung befindet.

Für uns ist die Erwachsenenbildung ein multidimensionales und komplexes Universum, das formelle und informelle Bildung und auch öffentliche, private und kooperative Anbieter einschließt; desgleichen die Lesefähigkeit, Allgemeinbildung, berufliche Fort- und Weiterbildung, formale Erziehung in Regelschulen, die Entwicklung von Kommunen, Erziehung zur Demokratie und Staatsbürgerkunde ... Aber die soziale und politische Anschauung heutzutage neigt dazu, dieses Feld zu reduzieren auf Alphabetisierungsprogramme (noch nicht sehr viele) und Abendklassen an Regelschulen (dominant). Soziale Stereotypen stellen Erwachsenenbildung hin als etwas nur für die Armen und Unterprivilegierten, oder assoziieren sie mit populären Initiativen während der revolutionären Aufbruchphase von 1974/75; jedenfalls wird Erwachsenenbildung dargestellt als etwas ohne großen Wert oder genügend Status in einem Land, das gerade von einem Modernisierungsprozeß und einem ökonomischem Umbau bestimmt wird, damit es in einigen Jahren nach den Vorstellungen der EU „europäischer“ wird.

Deshalb wird alles, was, nach unserer Definition, „wichtig“ und sozial-ökonomischen Status für die Erwachsenenbildung schaffend genannt werden könnte, vom öffentlichen Erwachsenenbildungssystem abgetrennt.

Die Demokratie demokratisieren

Basierend auf einer lange bestehenden Tradition wurde nach der Revolution von 1974 eine große Anzahl von neuen populären Einrichtungen verschiedenster Art und Orientierung geschaffen. Melo (1983) zufolge waren „...die Ziele der zahlreichen neugeschaffenen örtlichen Einrichtungen hauptsächlich sozial und ökonomisch: es gab Mieter- und Einwohnervereine, Arbeiterkomitees, Industrie-, Landwirtschafts- und Konsumentenkooperativen, Gewerkschaftsgruppen, Dorfversammlungen, Theatergruppen, Kooperativen für kulturelle Entwicklung, Jugendclubs, Gemeindefestsäle, Jugendworkshops, Kulturzentren etc.“. Nach der Aufbruchphase (1974/75) begann jedoch eine neue Ära der politischen, sozialen Reorganisation/ Normalisierung. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit, direkte Demokratie und aktive Beteiligung sind nach und nach verschwunden. Formale Demokratie hat auch die örtlichen Vereine erreicht, und die meisten von ihnen scheinen mehr vom Willen einiger Leiter und deren Mitarbeiter abzuhängen als von effektiver Gemeindegarbeit und von Unterstützung aus der Bevölkerung (Lima, 1987). Die Bevölkerung in örtliche, kommunale Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen ist nunmehr sehr problematisch. Das Problem besteht darin, wie man von der Beteiligung Einzelner (Leiter der Vereine und deren Mitarbeiter) zur Beteiligung

der Gemeinden kommen kann, d.h. wie sich diese weiter ausbauen läßt. Eine weitere Schwierigkeit besteht im Beheben eines Mangels an Organisation (und Macht) und wie man trotzdem die Gefahr von rigiden formalen Strukturen, einer gigantischen Organisation und Bürokratie vermeidet (Erasmie, Lima, Pereira, 1984).

Und dennoch sind uns die Worte von Norbeck (1984) gegenwärtig: „Portugal besitzt mit seinen Vereinen einen fantastischen Schatz an Kraft und an Reichtum. Kraft, weil diese Einrichtungen auf die Initiative derer zurückgehen, die sie führen. Sie sind das Volk und die eigentlichen Träger einer echten, spontanen Demokratie. Reichtum, weil sie eine Vielfalt von Zielen, Aktivitäten, Erfahrungen und Wissen bieten. Portugal hat eine faszinierende Fülle von Einrichtungen, die natürlich nicht alle der Bildung dienen. Aber es gibt deren genug, und sie sind sehr gut. Keine Institution innerhalb der portugiesischen Gesellschaft macht mir so viel Hoffnung, wenn es um die Formung eines neuen Typus von Erzieher und einer neuen Art von Bildung geht. Sie (d.h. die Vereine) haben die einmalige Chance, die notwendige Erziehung zur Entwicklung auf die portugiesische Tradition der Demokratie zu gründen. Zusammen mit demokratischen Haltungen und Verhalten werden sie neues Wissen vermitteln.“

Vielleicht klingen diese Worte heutzutage zu optimistisch. Aber andererseits bleiben Vereine in Portugal eine wichtige Ressource mit einem hohen Potential für die politische/bürgerliche Bildung. Auch wenn es wie ein Widerspruch in sich klingt: dieses Potential kann nicht ohne ein bestimmtes Maß an

staatlicher Unterstützung für die Ermächtigung dieser Einrichtungen und neuer sozialer Bewegungen entwickelt werden. Wir glauben, sie könnten in der Erwachsenenbildung ganz allgemein und in der staatsbürgerlichen Erziehung im besonderen eine viel bedeutendere Rolle spielen, wenn sie von öffentlichen Maßnahmen korrekt unterstützt werden (gemeint sind die Gesetzgebung, materielle und finanzielle Ressourcen, Koordinierung und hauptsächlich Ausbildung der Leiter und deren Mitarbeiter).

Wie wir wissen, „hat der Staat Bestrebungen der Erwachsenenbildung nicht automatisch mitgetragen“ (Jarvis, 1993), und deshalb muß er demokratisch dazu gezwungen werden, sie auf der Grundlage des folgenden Prinzips zu unterstützen: Die Demokratisierung der Demokratie braucht staatsbürgerliche Bildung, Sozialisierung nicht durch Indoktrination, sondern durch Diskussion und aktive Beteiligung.

Quellen

Erasmie, T., Lima, L.C., Pereira, L.C. (1984): „Adult Education and Community Development: Experiences from Programs in Northern Portugal“, *Convergence*, 4, 17–26.

Jarvis, P. (1993): *Adult Education and the State. Towards a Politics of Adult Education*, London, Routledge.

Lima, L.C. (1987): „Organisation, Participation and Project Development; The work with popular associations in Northern Portugal“, *Adult Education, Minorities, and Disadvantaged Areas. Final Report*, Faro: Instituto Politécnico.

(1992 a): *A Escola como Organizacao e a Participacao na Organizacao Escolar* (The School as an Organisation and the Participation in the School Organisation), Braga, University of Minho.

(1992 b): „Portugal“, in Jarvis, P. (Hrsg.): *Perspectives on Adult Education and Training in Europe*. Leicester, NIA-CE, 178–189.

(1994): „Modernizacao. Racionalizacao e Optimizacao: Perspectivas Neo-Taylorianas na Organizacao e Administracao da Educacao (Modernisation, Rationalisation and Optimisation: Neo-Taylorian Perspectives in Education Organisation and Administration“, *Cadernos de Ciencias Sociais*, 14, 119–139.

Lima, L.C. & Afonso, A.J. (1995): The Promised Land: School autonomy, evaluation and curriculum decision making in Portugal“, *Educational Review*, 47, n°2, 165–172.

Matos, L. & Lima, L.C. (1992): *Needs, Perspectives and Policy Recommendations on Adult Education in the European Community: Portugal*. European Research Project, Brüssel.

Melo, A. (1983): *Adult Education in Europe: Portugal*. Prag, European Centre for Leisure and Education.

Norbeck, J. (1984): *Portuguese Popular Associations for Development*. Linköping, Linköping University.

Ranson, S. & Stewart, J. (1994): *Management for the Public Domain*. London, Macmillan.